

Zur Problematik von Sprache und Identität in Westeuropa

Eine Analyse aus sprachenspolitischer Perspektive

1. Zur Einstimmung

Der Ausländer, der von Barcelona mit dem Zug nach Lérida fahren möchte, tut sich schwer: Lérida ist auf der Abfahrtstafel nicht verzeichnet. Keine Züge? Keineswegs. Es gibt viele Züge, doch die fahren nach Lleida. Katalanisch sollte man können! Natürlich sind in Katalonien, wie auch in vielen anderen Teilen des sprachlich dezentralisierten Spaniens von heute, viele Hinweisschilder zweisprachig: spanisch und Regionalsprache. Doch nachts kommen die Sprayer und machen die spanischen Informationen unkenntlich. Offizielle Zweisprachigkeit ist offenbar nicht genug: Die Regionalsprache muß es sein! Auch die Zugbegleiter in belgischen IC-Zügen halten sich penibel an die Sprachgrenzen. Je nachdem, wie man fährt, tönt es mal flämisch, mal wallonisch, mal deutsch aus dem Lautsprecher. Da wird Liège zu Lüttich oder zu Luik: penible Wahrung der sprachlichen Koexistenz als Konfliktvermeidungsstrategie. Die tschechischen Kollegen in den IC-Zügen aus Hamburg, Frankfurt, München und Wien nach Prag hingegen üben sich in uralter, über 50 Jahre lang unterdrückter Zweisprachigkeit. Die Ansagen sind tschechisch und deutsch (manchmal auch englisch, nicht aber russisch), wobei in den meisten Fällen auch die (politisch immer noch umstrittene) deutsche Form des Ortsnamens gebraucht wird: Máriánské Lázně ist wieder auch Marienbad, und der Zug erreicht "in wenigen Minuten Prag Hbf" (Praha hl.n.): – sprachliches Wohlwollen den zahlreichen deutschen Reisenden gegenüber, kommunikative Zeichen eines neuen, europäischen Miteinander, in dem alte sprachliche und kulturelle Gegensätze und leidvolle Erfahrungen aufgehoben sind; Reflex auch einer Aufbruchseuphorie (und einer *couldn't care less*-Haltung der traditionellen Leitsprache Russisch gegenüber), wobei man nur hoffen kann, daß deren positive Aspekte auch von außen bestärkt werden, die negativen aber mit der Zeit vergehen.

Sprache und menschliche Identität sind offenbar eng miteinander verknüpft. Das zeigen bereits die oben gegebenen, bewußt aus einer einzigen Facette des Alltagslebens genommenen Beispiele. Identifikation durch Sprache erfolgt dabei auf regionaler, nicht so sehr auf nationalstaatlicher Basis. Die Kongruenz von sprachlich identifizierter Region und Nationalstaat ist eher ein Sonder- und vielleicht ein Glücksfall. Man muß die richtige Sprache sprechen, um dazuzugehören. Zwar gibt es im Kontakt der Identitäten das Phänomen des sprachlichen Entgegenkommens dem anderssprachigen Nachbarn gegenüber, doch Abgrenzung durch bewußten Verzicht auf den Erwerb von Nachbarsprachen oder (bei verwandten Sprachen) durch ein angebliches Nicht-Verstehen-Können, das in Wirklichkeit doch nur ein Nicht-Verstehen-Wollen ist, sind häufiger: Die Tschechen und die Polen beispielsweise können die Russen nicht verstehen; viele Schweden behaupten, größte Schwierigkeiten mit finnischem Schwedisch zu haben, und natürlich versteht der klassische Bayer den klassischen Preußen nicht, und umgekehrt. Das absurdeste Beispiel der Gegenwart und zugleich das traurigste bieten die Serben und Kroaten: Gestern noch sprachen sie (in zwei Varianten) eine gemeinsame Sprache, Serbokroatisch, von der nun beide Parteien behaupten, es gäbe sie nicht. Als Begründung wird

* aus: Sociolinguistica: internationales Jahrbuch für europäische Soziolinguistik, Bd. 9, 1995, S. 56-66.

die (nach Tito wiederentdeckte) unterschiedliche kulturelle Einbettung der feindlichen Brüder (lateinisch-katholisches, habsburgisches Kroatien versus byzantinisch-orthodoxes, eigenständiges Serbien) ins Feld geführt, oder aber es muß die bloße Schrift als äußeres Zeichen unterschiedlicher kultureller Traditionen den Beweis liefern: Wie kann denn *eine* Sprache sein, was mit unterschiedlichen Lettern zu Papier gebracht wird!

2. Identität durch Sprache

Der Besitz von Sprache ist eine Grundvoraussetzung des Menschseins. Unser Begriffssystem ist sprachlich festgelegt, unser Weltwissen ist nur über Sprache abrufbar. Bewußtes Denken ist versprachlichtes Denken. Wer eine fremde Sprache lernt, erschließt sich auch eine zuvor fremde Welt, und politisch erzwungener Sprachverlust ist eine besonders grausame Form von Strafe. Dies sind Gemeinplätze. Doch sie machen deutlich, warum Menschen geneigt sind, für ihre eigene Sprache zu kämpfen, warum sie die Bedrohung ihrer Sprache – einmal erkannt – als einen Angriff auf die eigene Existenz sehen.

Die Sprache und die Kultur einer Region sind eng miteinander verknüpft, schon weil die sprachliche Begrifflichkeit kulturell vorgeprägt ist. So gesehen ist Sprache Wort gewordene Kultur; Identität durch Sprache ist immer gleichbedeutend mit kultureller Identität. Kulturelle Identität aber ist die Rückversicherung des Individuums gegen die Vereinsamung. Der Verlust an sprachlicher und kultureller Identität führt zu psychischer Instabilität, was Instabilität in allen anderen Bereichen, auch im politischen, nach sich zieht.

Da Sprache den Menschen zu determinieren vermag, ist Sprache stets auch ein Instrument der Herrschaft über Menschen gewesen. Sprachverlust impliziert die Übernahme einer neuen Herrschaftssprache und damit neuer kultureller Normen. Die Verbreitung der eigenen Sprache auch außerhalb des Sprachraums sowie die Förderung derer, die sie lernen, sind, solange ethische Grundregeln dabei nicht verletzt werden, legitime Belange jeder Sprachgemeinschaft. Sprachenpolitik ist nicht nur Bestandteil der Kulturpolitik, sondern ebenso sehr ein Ingredienz der Innenpolitik, der Außenpolitik und auch der Wirtschaftspolitik. Die Auslandswerbung für den eigenen Sprach- und Kulturraum ist immer auch eine Werbung für die eigenen Produkte, denn der Käufer, der empathische Bindungen – und seien sie auch noch so vage – an den Sprach- und Kulturraum hat, wird eher geneigt sein, dessen Produkte zu kaufen.

Die Begriffspaare Mensch und Sprache sowie Sprache und Kultur sind untrennbar verbunden. Sehr viel problematischer ist jedoch die traditionsreiche – und verhängnisvolle – Gleichsetzung von Sprache und Volk. Diese Gleichsetzung, von den Romantikern im Glauben postuliert, daß das Volk die grundlegende Einheit und eine der Urkräfte im historischen Ablauf sei, wurde schon in nach-napoleonischer Zeit nationalistisch pervertiert und hat den faschistischen Systemen des 20. Jahrhunderts ideologisch mit den Boden bereitet. (Motto: Wo Deutsch gesprochen wird, leben Deutsche; wo Deutsche leben, ist Deutschland.) Sprache impliziert nur dann Volk, wenn sich alle Sprecher einer Sprache aus freien Stücken als Volk bezeichnen. Dies setzt ein entsprechendes Zusammengehörigkeitsgefühl und in der Regel einen geschlossenen Siedlungsraum voraus, der politische Autonomie besitzt (oder zu erlangen sucht) und nicht auf verschiedene Staaten verteilt ist, es sei denn als Folge politischer Aggression. Eine solche Situation ist in Europa und weltweit eher die Ausnahme als die Regel. Dennoch ist die Gleichsetzung von Sprache und Volk in der breiten Öffentlichkeit wie auch bei Politikern vorwiegend des konservativen Lagers nach wie vor populär, besonders dann, wenn man den Begriff Volk

durch den politisch älteren, bereits im Zeitalter des Absolutismus pervertierten Begriff Nation ersetzt.^[1]

3. L'Europe des patries: Das gaullistische Modell als historischer Ausgangspunkt

Das EG-Europa der frühen Jahre basierte auf einem Modell, dem nationalstaatliches Denken insofern zugrunde lag, als das Prinzip der kulturellen und sprachlichen Eigenständigkeit der Mitgliedsstaaten soweit wie möglich gewahrt werden sollte. Kultur- und sprachenpolitisch handelte es sich um einen additiven, nicht um einen integrativen Ansatz wobei der terminus technicus Nation ersetzt war durch den gefühlsträchtigeren Begriff Vaterland (*patrie*). Damit war gleichzeitig dem zeitgenössischen internationalistischen Modell osteuropäischer Prägung der Kampf angesagt.

Das Konzept De Gaulles und seiner pro-europäischen Gesinnungsgenossen geht von einer Fiktion aus: Für De Gaulle waren im Einklang mit dem angestammten nationalstaatlichen Denken die Vaterländer monolinguale Blöcke, denn die Einheit von Sprache und Nation stand unverrückbar fest. Frankreich brachte Französisch nach Europa ein, Deutschland Deutsch, Italien Italienisch, Holland Niederländisch, usw. Natürlich war langfristig nicht an eine Gleichberechtigung der Sprachen gedacht: Frankreich reservierte für sich, wenn schon nicht die Rolle der internationalen Leitsprache, so doch zumindest die der *langue de la culture*. Dem Englischen blieb – würde Großbritannien erst einmal Mitglied der EG sein – die Rolle der *ökonomischen* Leitsprache sowie der *lingua franca* für die banaleren Bereiche des Lebens. (An eine Rolle für Deutsch dachten die damaligen Europäer angesichts der jüngsten Geschichte eigentlich weniger.) Symptomatisch ist ein Ausspruch des Premierministers Pompidou aus den beginnenden 70er Jahren, daß Minderheitensprachen keinen Raum in einem Frankreich hätten, das aussersehen sei, Europa sein Siegel aufzuprägen.^[2]

Sprachimperialistische Tendenzen waren im frühen EG-Europa auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene allenthalben präsent: Die Schaltzentren der frühen Jahre waren Luxemburg, Brüssel, Straßburg und Paris, allesamt im frankophonen Raum gelegen. In einem Europa noch ohne Großbritannien und damit ohne Englisch war das Französische *de facto* die Leitsprache. Inzwischen haben sich die Gewichte verschoben: Die Aufnahme Großbritanniens und Irlands in die EG, aber auch die Aufnahme Dänemarks, Griechenlands und Portugals mit ihrer traditionellen Vorliebe für das Englische, haben auch sprachlich – das angelsächsische Element aufgewertet. Auch Schweden und Finnland sowie Österreich stehen kulturell der angelsächsischen Welt heute näher als der frankophonen. Und Brüssel, Luxemburg und Straßburg sind heute weniger eindeutig frankophon als vor 30 Jahren. So teilen sich in Brüssel Englisch und Französisch derzeit in die so ganz uneuropäische Leitsprachenrolle, wobei für die französische Diplomatie nach wie vor strikte sprachliche Regeln gelten: Wer auf dem politischen Parkett als Franzose nicht französisch spricht, muß um seine Karriere fürchten. Für britische Diplomaten gibt es offenbar keine entsprechenden sprachenpolitischen Festlegungen: Man kann es sich leisten, sprachenpolitisch liberal zu sein, die Geschichte erledigt den Rest.

¹ Der Begriff Nation (lat. *natio*) bedeutet zunächst, regionaler Gliederung entsprechend, Landsmannschaft. An den Universitäten des Mittelalters beispielsweise gliedern sich die Studierenden in *nationes*, so etwa gibt es die sächsische, fränkische usw. Nation. Der pervertierte Begriff Nation bedeutet letztlich Territorium, das von einem Fürsten beherrscht wird, ohne Rücksicht auf ältere regionale Gliederungen.

² "Il n'y a pas de place pour les langues minoritaires dans Une France destinée à marquer l'Europe de son sceau." Zitiert nach Finkenstaedt, Th./Schröder, K. 1992:36.

4. Der Schönheitsfehler im Konzept: Nationale Minderheiten und Immigranten

Es gibt in Europa mehr Minderheitensprachen als angestammte Nationalsprachen, und einige Minderheitensprachen sind in den letzten 30 Jahren (wieder) Amtssprachen geworden. Frankreich selbst ist heute ein Land mit einem halben Dutzend angestammter Sprachen (Baskisch, Bretonisch, Elsässisch, Flämisch, Katalanisch, Okzitanisch), aus dem sprachlich zentralistischen Spanien Francos ist ein politisches Gebilde geworden, in dem die regionalen Sprachen dominieren, und auch Deutschland hat mit Friesisch und Sorbisch zwei anerkannte und förderungswürdige Regionalsprachen.

Die Konstrukteure Europas kamen aus den Ruinen des Zweiten Weltkriegs. Sie sahen zu Recht in der Schaffung einer europäischen Gemeinschaft die Möglichkeit, kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Nationalstaaten Europas ein für allemal aus der Welt zu schaffen. Schon die einleitend gegebenen Beispiele für sprachliches und kulturelles Aufbegehren zeigen jedoch, daß die regionale Gliederung Europas, die älter ist als die nationale, ein Konfliktpotential aufweist, das mit der Schaffung einer Union von Nationalstaaten nicht zu beseitigen ist. Im Gegenteil: Die regionale Gliederung gewinnt angesichts der Überwindung nationaler Grenzen neue Kraft. Besonders dort, wo nationale Grenzen zuvor bestehende regionale Gliederungen zerschnitten haben, ist neues "landmannschaftliches" Selbstbewußtsein angesagt. Katalonien und die baskische Region, jeweils zu beiden Seiten der französisch-spanischen Staatsgrenze gelegen, sind Musterbeispiele.

Die regionalen Konflikte im Europa des 20. Jahrhunderts haben fast ausnahmslos ihre sprachliche und sprachenpolitische Komponente: Vom katalonischen und vom baskischen Konflikt sowie vom wallonisch-flämischen war andeutungsweise schon die Rede. Letzterer konnte nicht dadurch gelöst werden, daß angesichts der deutschsprachigen Ämter Eupen und Malmedy Deutsch in Belgien zur dritten Staatssprache erklärt wurde. Der Südtirolkonflikt war und ist im wesentlichen ein Konflikt um die Rolle der deutschen Sprache und Kultur; schon zu Titos Zeiten verdeutlichte das regionale Nebeneinander von zwei Schriften und vier südslawischen Sprachformen neben der offiziellen Sprache Serbokroatisch (sichtbar beispielsweise auf den Geldscheinen) die kultur- und sprachenpolitisch prekäre Lage der nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen jugoslawischen Konföderation. Die Landschaft Kosovo, die Sezession der Slowakei, die Dnjestr-Republik, ja Moldawien insgesamt in seiner Hinneigung zu Rumänien und schließlich die vielen neuen Konfliktherde längs der christlich-muselmanischen Kulturgrenze im Süden der GUS sind weitere Beispiele für regionale Auseinandersetzungen, bei denen die Sprachenfrage eine wichtige oder gar die ausschlaggebende Rolle spielt. Auch der Nordirland-Konflikt hat seine sprachliche Seite: die Identifikation der katholischen Partei mit keltischer Kultur und mit (süd-)irischem Gälisch.

Man mag jubilieren, daß mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation internationale Kriege in Europa unwahrscheinlich geworden sind. Doch die nächsten Kriege sind Bürgerkriege, wenn es nicht gelingt, Europa auch sprachenpolitisch, und das heißt: gemäß den kulturellen und damit sprachlichen Identitäten seiner Bewohner zu konsolidieren. Ein sprachenpolitisch unausgewogenes Europa wird stets ein bürgerkriegsanfälliges Europa sein, und Bürgerkriege sind grausamer als internationale.

Es wird deutlich, daß nicht die Kulturhoheit der Vaterländer à la De Gaulle den sprachlichen Frieden in Europa garantiert, sondern die Kulturhoheit der (sehr viel kleinräumigeren) sprachlich voneinander abgegrenzten und dabei doch mitunter geographisch verschachtelten Regionen. Das macht die innenpolitische Situation Europas als eines Gebildes, in dem es, gemessen an der

Gesamtbevölkerung, nur noch sprachliche Minderheiten geben wird, komplizierter: Denn wie lange wird die Kulturhoheit dieser zum Teil sehr kleinflächigen, territorial komplexen "Kantönli" im Endeffekt – zumal in Zeiten ökonomischer Depressionen oder politischer Krisen – geachtet werden?

Hinzu kommt die in vielen europäischen Staaten gegebene Problematik der Arbeitsimmigranten mit ihren Sprachen und Kulturen. Die Zukunft der Immigrantensprachen hat im sprachenpolitischen Denken bisher so gut wie keine Rolle gespielt. Im Unterschied zu den Minoritäten haben die Immigranten keine geschlossenen Siedlungsräume, sieht man einmal von Zonen mit hohem Ausländeranteil (klassische Beispiele: Berlin-Kreuzberg, die Banlieue von Paris) ab. Dies bedeutet aber nicht, daß mit den Immigrantensprachen und -kulturen binnen kurzem nicht mehr zu rechnen ist. Statistisches Material ist bezeichnenderweise schwer zu erhalten; allein in Großbritannien rechnet man mit etwa 100 verschiedenen Immigrantensprachen, in der Bundesrepublik Deutschland beträgt die Zahl der Immigranten (einschließlich ihrer Familien) etwa 8 Millionen, was fast der Gesamtbevölkerung Schwedens entspricht. Überall in Europa schreitet die Ghetto-Bildung voran, damit aber auch die Ausprägung eines neuen Typs von Minoritätenkultur. Es ist damit zu rechnen, daß in den einzelnen europäischen Ländern eine Reihe von Immigrantensprachen zu Minoritätensprachen im klassischen Wortsinn werden: Der Glaube an sprachliche Schmelztiegel in Europa ist ein Irrglaube, auch wenn der Kontakt der Immigrantensprachen mit den in der Region jeweils dominierenden Idiomen zu Übernahmen führen muß und vielleicht in Zukunft auch Kreolisierungen (auf der Basis dessen, was heute als doppelte Halbsprachigkeit bezeichnet wird) eine Rolle spielen.

5. Die Euro-Sprache: Aufbruch zu einer neuen, europäischen Identität?

Die Kritiker des hier vorgetragenen regionalistischen und auf Wahrung der Vielsprachigkeit ausgerichteten Ansatzes vertreten die Meinung, der um sich greifende sprachliche und sprachenpolitische Kantönligeist sei nichts weiter als ein gefährlicher Rückfall in archaische Denkweisen. Zu Europa gehöre auch eine neue, europäische Identität, und diese Identität sei eben nur möglich auf der Basis der alle einenden Sprache. Als Sprachen werden in diesem Zusammenhang vorgeschlagen: Englisch, Esperanto – und mitunter auch, durchaus ernst gemeint, – Latein. Die Kritik ist insofern interessant, als sie den engen Zusammenhang von menschlicher Identität und Sprache nicht unbedingt leugnet, sie postuliert lediglich für das neue Europa auch den neuen Menschen, der sich über angestammte regionale und nationale Denkweisen hinwegzusetzen vermag. Nun ist die jüngere Geschichte reich an Versuchen, den neuen Menschen zu schaffen: Die französische Revolution wollte das schon, später dann die Oktoberrevolution und schließlich das Dritte Reich. Die Ergebnisse waren in jedem Falle kläglich, und Vorsicht scheint geboten. Vergleicht man die öffentliche Meinung von heute mit der der 50er und 60er Jahre, so ist die Begeisterung für Europa eher gesunken, nicht zuletzt, weil die Europäische Union mit all ihren Schattenseiten (schließlich ist sie ein menschliches Konstrukt und kein paradiesischer Zustand) Wirklichkeit geworden ist. Am ehesten ist der Wille zu einem gewissen Maß an sprachlicher Selbstaufgabe derzeit wohl bei den "kleinen" beitragswilligen Völkern Ostmitteleuropas entwickelt, wo der Weg in die Europäische Union als der Weg zurück nach Europa charismatische Züge trägt. Ansonsten erscheint allenfalls eine dünne intellektuelle Oberschicht geneigt, für die europäische Idee die angestammten Verwurzelungen aufzugeben, ist man doch ohnehin im tiefsten Innern Kosmopolit. Für die breite Masse der Bewohner Europas ist – siehe oben – der mit einer allgemein verbindlichen Euro-Sprache

einhergehende Verlust an persönlicher, regionaler Identität nicht zumutbar, da psychisch nicht verkraftbar. Schließlich muß man erst einmal in mehreren Spielarten europäischer Kultur zu Hause sein, um europäisch fühlen und entsprechende Opfer bringen zu können.

Dabei bleibt unberücksichtigt, daß der Rekurs auf eine allgemein verbindliche europäische Sprache (nämlich Englisch) eine ungeheuerliche kulturelle Verarmung nach sich ziehen müßte. Denn die übrigen Sprachen würden in einen Strudel gezogen; angesichts der Tatsache, daß die internationale Euro-Sprache auf hohem Niveau, und das bedeutet: in langwierigen, teuren Lernprozessen vermittelt werden müßte, bliebe für das Studium anderer europäischer Sprachen und Kulturen im Normalfall weder Geld noch Zeit. Je weniger die übrigen Sprachen innerhalb und außerhalb ihrer jeweiligen Sprachräume gelernt und gepflegt würden, um so uninteressanter wären sie. Sie verkämen in letzter Konsequenz zu bloßen Patois, um dann irgendwann in 200 bis 500 Jahren auszusterben.

Das Sterben von Sprachen ist Bestandteil des Sterbens der Welt. Mit den bedrohten Sprachen ist es wie mit den bedrohten Tierarten: Sind sie erst einmal verschwunden, ist die Welt für immer ärmer geworden. Die Kulturen, deren Inkarnationen sie waren, sind mit ihnen dahin. Was dann noch möglich ist, ist die museale Aufbereitung, die Übersetzung. Doch der Vogel fliegt nicht, er ist ausgestopft, er existiert nur virtuell, transfiguriert in ein anderes Medium, Wir müssen alles tun, um das Sterben der Sprache aufzuhalten. Sprachökologie ist eine Forderung, die nicht länger beiseitegeschoben werden kann.

Darüber hinaus steht außer Frage, daß der Rückgriff auf Englisch als alleinige Euro-Sprache das angelsächsische Element ökonomisch und politisch bevorzugen und zunächst einmal in der Europäischen Union zwei Klassen von Menschen schaffen würde: solche, die sich mit ihrer angestammten Sprache als Europäer identifizieren können und solche, die viel Zeit (und Geld) investieren müssen, um auf eine neue Sprache überzugehen. An dieser Stelle führen die Esperantisten ins Feld, daß der europa- und weltweite Gebrauch der Plansprache Esperanto niemanden bevorzuge. Jeder habe annähernd die gleichen Lernanstrengungen zu unternehmen; ökonomisch und kulturell ergebe sich für niemanden ein Vorteil. Doch auch diese Rechnung geht nicht auf: Denn zunächst einmal ist Esperanto ein Verschnitt der im 19. Jahrhundert bedeutsamen europäischen Sprachen und Sprachfamilien: Die romanischen Sprachen und in geringerem Maße Deutsch – Sprachen der indogermanischen Familie also – determinieren Wortschatz, Morphologie und Syntax. Die übrigen indogermanischen Sprachen schlagen kaum zu Buche, von den nichtindogermanischen einmal ganz zu schweigen. So gesehen ist Esperanto nicht frei von sprachimperialistischen Tendenzen. Außerdem ist es ein Trugschluß, zu glauben, Esperanto bilde schon deswegen die europäischen Kulturen ab, weil sein Wortschatz *pêle mêle* den europäischen Kulturen entstamme. Es fehlt die für historisch "gewachsene" Sprachen typische Nähe zur Bezugskultur, und es fehlt auch der systematische Aspekt der sprachlichen Abbildung von Kultur (Ausbildung kulturraumbezogener spezieller Begrifflichkeiten, Ausbildung einer entsprechenden Metaphorik usw.). Die Tatsache, daß man beliebige literarische Texte ins Esperanto übersetzen kann, ist ebenso wenig ein Beweis für dessen umfassende Ausdrucksmöglichkeiten (schließlich läßt sich ein Shakespeare-Sonett auch in Zahlenkombinationen übersetzen) wie die Tatsache, daß man eigenständige Esperanto-Lyrik schaffen kann (auch mit sinnlosen Silben lassen sich klangvolle Gedichte bauen, schon Allee in *Wonderland* bietet einschlägige Muster).

Englisch für alte Europäer (und sonst nichts) bringt keine neue europäische Identität, und Esperanto könnte allenfalls das Ausdrucksmittel einer von allen historischen Bezügen abgeschnittenen neuen paneuropäischen Subkultur werden: Ein ungeheuerlicher Bruch (etwa in Gestalt einer ökologischen Katastrophe) müßte vorausgegangen sein. Ob dann allerdings Spracherwerb und Sprachgebrauch noch planbar sind, ist zu bezweifeln. Unter den heute in

Europa gegebenen Umständen würde sich im übrigen Esperanto, einmal eingeführt, im Kontakt mit den noch vorhandenen historischen Sprachen weiterentwickeln müssen: regionale und soziale Varianten des Esperanto bzw. (angesichts der dogmatischen Statik der Plansprache) Ausprägungen von Esperanto-Patois wären vermutlich die Folge.

6. Die Alternative: Regionale Identität als Basis, europäische Identität als sprachliches und kulturelles Aditum

Daß die Vielsprachigkeit Europas Bestandteil des europäischen kulturellen Erbes sei und als ein Element des geistigen Reichtums betrachtet werden solle und nicht als Hindernis auf dem Wege zur Einheit, ist seit der Europäischen Kulturkonvention von 1954 der Grundgedanke europäischer Sprachenpolitik. Im Zusammenhang damit ist ein erweiterter, diversifizierter Fremdspracherwerb für alle Europäer gefordert worden, wobei eine abgestufte Dreisprachigkeit (Muttersprache plus zwei Fremdsprachen, die unterschiedlich gut beherrscht werden) als langfristig machbar angesehen wird. Mit der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, Helsinki 1975) ist es darüber hinaus Usus geworden, auf die Schutzwürdigkeit der "kleinen" europäischen Sprachen als Träger autonomer Ausprägungen europäischer Kultur besonders hinzuweisen.

Die Forderungen des Europarates, der Europäischen Gemeinschaften und der sonstigen europäischen Zusammenschlüsse sind von den Bildungsministerien der europäischen Staaten in unterschiedlichem Maße umgesetzt worden. Dabei spielen die im Bildungsbereich vorhandenen Ressourcen ebenso eine Rolle wie die Traditionen des Schulwesens. Als kontraproduktiv haben sich in verschiedenen europäischen Staaten Kräfte erwiesen, die von der falschen Vorstellung ausgehen, Einsprachigkeit sei ein natürlicher Zustand des Menschen. Im deutschen Bildungswesen beispielsweise herrscht die Meinung vor, Gymnasiasten könnten zwei bis vier Fremdsprachen erwerben, Realschüler hingegen nur eine und das Gros der Hauptschüler (jenseits elementarster Kenntnisse) gar keine. Eine solche Vorstellung ist absurd; Erfahrungen, die in dieser Richtung angeblich gemacht wurden, zeigen allenfalls, daß der Fremdsprachenunterricht vor Ort methodisch obsolet ist und eine motivatorische Schieflage sowie affektive Armut aufweist. Weltweit ist auch dies eine Binsenweisheit – Mehrsprachigkeit die Regel und nicht die Ausnahme, und auch in den großen, scheinbar monolingualen Nationalstaaten Europas leben die Schülerinnen und Schüler zumindest in einer Diglossie-Situation, wobei neben der Hochsprache ein regionaler Dialekt und dazu noch soziale Dialekte und auch Technolekte beherrscht werden. So gesehen ist auch das einsprachige Individuum mehrsprachig.

Die Europäische Union des Jahres 1995 hat elf politisch bedeutende Nationalsprachen: in alphabetischer Reihenfolge Dänisch, Deutsch, Englisch, Finnisch, Französisch, Italienisch, Neugriechisch, Niederländisch, Schwedisch, Spanisch und Portugiesisch. Weitere als förderungswürdig angesehene EU-Sprachen mit Nationalsprachenstatus sind Irisches Gälisch und Luxemburgisch. Die regionale Ebene bringt rund 20 Minderheitensprachen (von Aragonesisch und Bretonisch über Lappisch bis Sorbisch) ins Spiel. Die bevorstehende Ost-Erweiterung der Union öffnet ein weites Tor zu den baltischen und slawischen Sprachen. Schon jetzt ist klar, daß niemand *alle* EU-Sprachen auch nur bis zu einem gewissen Grade wird beherrschen können, selbst wenn ein lebenslanger Fremdsprachen-Lernprozeß für den Erwerb dieser Idiome angesetzt wird. Daraus folgt: Will man ein Leitsprachenmodell für Europa (*eine* Sprache als *lingua franca*) so weit wie möglich vermeiden, um die Vielsprachigkeit als Teil des kulturellen Erbes (siehe oben) zu wahren, so braucht Europa eine sprachenteilige Gesellschaft, in der nicht jeder Bürger die gleichen Fremdsprachen erworben hat, und in der auch regionale

Sprachen nach Kräften Gegenstand von Lernbemühungen sind, zumindest einmal auf der Ebene des Erwerbs einer spezifischen *language awareness* im Rahmen von sogenannten Schnupperkursen. Nachbarsprachen spielen in diesem Modell eine bedeutende Rolle.

Die vielen "großen" und "kleinen" Sprachen Europas können weder *de jure* noch *de facto* gleichberechtigt sein. Dennoch darf keine von ihnen unterdrückt werden, vielmehr muß das Überleben jeder einzelnen Sprache gesichert sein. Zum einen darf man das freie Spiel der Kräfte nicht durch einen paneuropäischen Sprachendirigismus zunichte machen, andererseits bedarf es auch für die kleineren Sprachen eines sozialen Netzes, es bedarf der Fördermaßnahmen und der Subventionen. Vor allem aber bedarf es einer Sensibilisierung der Europäer für die vorhandene sprachliche und kulturelle Vielfalt, und in dies Bereich haben der bisherige Fremdsprachenunterricht und die bisherige Schule fast nichts getan. Grammatikunterricht beispielsweise, wie er europaweit betrieben wird, vermittelt nicht Einsicht in Sprache, und schon gar nicht Einsicht in die Vielfalt der Sprachen und in die Zusammenhänge zwischen Sprachen und Kulturen. Ein platter "kommunikativer" Unterricht tut das auch nicht. Der Fremdsprachenunterricht quer durch Europa führt derzeit allenfalls höchst unzulänglich in Nachbarkultur ein: Institutionenkunde ersetzt immer noch die erforderliche handlungsorientierte und zunächst einmal auf Alltagsphänomene bezogene interkulturelle Kompetenz.

Die Sprachenpolitik muß auf europäischer Ebene ebenso ernstgenommen werden wie die Wirtschafts- und Sozialpolitik. An die Seite der vielen Wirtschaftsgipfel müssen Sprachengipfel treten, organisiert als ökologische Veranstaltung.

Der Fremdsprachenunterricht der Schule ist deshalb besonders bedeutsam, weil er gerade auch motivatorisch – das Tor öffnen muß zu einem lebenslangen Fremdsprachenlernen und zu einer lebenslangen Beschäftigung mit anderen Kulturen. Der schulische Fremdsprachenunterricht muß ausgeweitet werden im Sinne einer gesteuerten Diversifikation, die eine sprachenteilige Gesellschaft zum Ziel hat. Er muß mit dem immer bedeutsamer werdenden außerschulischen Fremdspracherwerb verzahnt werden, und er muß Abschied nehmen von so mancher lieb gewordenen Vorstellung (allumfassende grammatische Korrektheit als Leitziel, Dominanz des Schreibens, gleichzeitige Berücksichtigung der produktiven wie der rezeptiven Fertigkeiten schriftlich und mündlich, sieben- bis neunjährige Kurse in den einzelnen Sprachen). Fremdsprachen müssen für alle Bevölkerungsschichten angeboten werden, allerdings mit Zielen, die sozial nachvollziehbar sind.

Die Fremdsprachenlehrer müssen endlich eine professionalisierte Ausbildung erhalten (einphasiger Verbund von Theorie und Praxis, mehr Sprachpraxis, berufsrelevante, didaktisch nachvollziehbare Inhalte, kulturwissenschaftliche Ausrichtung). Ein System von berufsbegleitenden, karrierewirksamen Fortbildungsmaßnahmen muß geschaffen werden.

Darüber hinaus aber müssen die Fremdsprachenlehrer ein neues Selbstverständnis aufbauen: Ohne sie wird Europa ebensowenig zu bauen sein wie ohne Wirtschaftsexperten, Sozialfachleute und Ökologen.

Wenn es gelingt, das hier skizzierte Programm nach und nach zu verwirklichen, dann wird eine neue europäische Identität der Unionsbürger die Folge sein. Der Ausdruck dieser Identität wird die Mehrsprachigkeit selbst sein, wobei vor allem die Fähigkeit bedeutsam ist, die Nachbarn in ihren schriftlichen und mündlichen Äußerungen zu verstehen. Rezeptive Mehrsprachigkeit ist angesagt, die produktiven Fertigkeiten spielen demgegenüber (gestaffelt je nach Bildungsniveau) eine nachgeordnete Rolle. Regionale sprachliche Gegebenheiten bleiben gewahrt, europäische Identität aber tritt als ein positiv besetztes Additum hinzu, als das Vermögen nämlich, in mehreren Sprachen und Kulturen kognitiv und affektiv zu Hause zu sein.

Der Ansatz bietet damit entscheidende Vorteile:

- Er bleibt dem angestammten menschlichen Prinzip treu, Identität in der Sprache und durch Sprache zu finden.
- Er beachtet sprachliche Loyalitäten. Vorhandene Idiome als Träger individueller bzw. regionaler Identität werden nicht in ihrem Stellenwert gemindert.
- Er begünstigt den Erhalt der in Europa vorhandenen regionalen und nationalen Sprachen.
- Er ist flexibel handhabbar. Individuellen und regionalen Bedürfnissen kann weitgehend Rechnung getragen werden.
- Er widerspricht nicht dem Gedanken, daß es eine Sprache geben sollte, die als *lingua franca* im gesamten europäischen Raum benutzt werden kann: Es bleibt Raum für den allgemeinen Erwerb einer auf Schwellenniveau angesiedelten produktiven und rezeptiven Kompetenz des Englischen. Die Gefahren einer monolingualen Lösung für Europa (Zentralismus; Erfordernis, die internationale Sprache allenthalben auf hohem Niveau zu vermitteln, da sie im Endeffekt die Muttersprache ersetzen muß) werden jedoch vermieden.

Voraussetzungen für ein Gelingen des Konzeptes und damit für den Aufbau einer sprachlich und kulturell definierten (und nicht in bloßem Euro-Konsum fundierten) europäischen Identität sind

- eine fremdsprachenfreundlichere Haltung der Bildungsbehörden
- die planmäßige Förderung von außerschulischen Anreizen für den Fremdsprachenerwerb (Beispiel: Bundeswettbewerb Fremdsprachen)
- ein Fremdsprachenunterricht, der Sprachenpforten öffnet statt Aversionen gegen das Fremdsprachenlernen zu züchten und
- eine Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit für den politischen Stellenwert anderer Sprachen und Kulturen (ihrer Erhaltung und damit auch ihres Erwerbs) angesichts des Erfordernisses einer friedlichen Zukunft Europas.

Bibliographie

Ammon, U.: Die internationale Stellung der deutschen Sprache. Berlin 1991.

Coulmas, F: A Language Policy for the European Community, Prospects and Quandaries. Amsterdam/Berlin 1991.

Décsy, G.: Statistical Report of Languages of the World as of 1985. Bloomington 1986.

Finkenstaedt, Th./Schröder, K.: Sprachen im Europa von morgen. Berlin, München 1992.

Frohne, G.: "Die 'Ostsprachen' im Europäischen Haus." Die Neueren Sprachen 91 (1992): 375-396.

Haarmann, H.: Elemente einer Soziologie der kleinen Sprachen Europas. Bd. 1: Materialien zur Sprachökologie. Hamburg 1983.

Haarmann, H.: Die Sprachenwelt Europas. Geschichte und Zukunft der Sprachnationen zwischen Atlantik und Ural. Frankfurt, New York 1993.

Hammar, Th. (ed.): European Immigration Policy. A Comparative Study- Cambridge 1985.

Macht, K./Schröder, K.: Wieviele Sprachen für Europa? Fremdsprachenunterricht, Fremdsprachen lernen und europäische Sprachenvielfalt im Urteil von Studierenden des Grundstudiums in Deutschland, Belgien und Finnland. Augsburg 1983. (= Augsburg 1 & I - Schritten 24.)

Reimann, H. und H.: Gastarbeiter. Analyse und Perspektiven eines sozialen Problems Opladen 1987.

Schröder K (ed.): Außerschulisches Fremdsprachenlernen und Fremdsprachenbedarf. Frankfurt a.M. 1984. (=Die Neueren Sprachen 83, Heft 1.)

Schröder K.: "Über Volksbaß und über den Gebrauch einer fremden Sprache. Zur historischen Dimension des Schulsprachentreites Englisch-Französisch, unter besonderer Berücksichtigung der nach- napoleonischen Zeit."

Kleinschmidt, E.: Fremdsprachenunterricht zwischen Sprachenpolitik und Praxis. Festschrift Herbert Christ. Tübingen 1989.

Schröder, K. (ed.) Fremdsprachen im Europäischen Haus. Frankfurt a.M.: Diesterweg 1992. (=Die Neueren Sprachen 91, Doppelheft 4/5.)

Schröder, K.: Kommentierte Auswahlbibliographie zur sprachlichen und sprachpolitischen Problematik Europas." Die Neueren Sprachen 91 (1992): 492-516.

Shelley, M./Winck, M. (eds.): What is Europe? Bock 2: Aspects of European Cultural Diversity. Milton Keynes (Open University) 1993.